



BM Herr Hasenberg lässt die Dringlichkeit auf Erweiterung der TO feststellen :

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	23	Stimmen
	dagegen	22	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

RM Herr Uebelgünn beantragt, den von der Verwaltung vorgelegten Prüfbericht „Genehmigung des Haushalts 2009“ -Drucksache Nr. 17 / 09 - als gesonderten TOP abzuhandeln. Da sich seitens der RM keine Bedenken erheben, schlägt BM Herr Hasenberg vor, diesen als TOP 11.1) abzuhandeln.

Weitere Anträge auf Änderung / Erweiterung der TO werden nicht gestellt, so dass BM Herr Hasenberg über die vorliegenden TO unter Berücksichtigung der Erweiterungen um die TOP 1.1) und 11.1) abstimmen lassen kann:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Vor der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt :

1. Benutzungsordnung / Gebührenordnung für das Stadtarchiv ( zu TOP 4)
2. Resolutionstext zum „Gemeinsamen Wahltermin für die Kommunalwahlen und die Bundestagswahl 2009“ (zu TOP 10.1)
3. Prüfbericht „Genehmigung des Haushalts 2009“ Drucksache Nr. 17 / 09 (zu TOP 11.1)
4. Ergänzende Hinweise zur LPVG-Entscheidung - Drucksache Nr. 3 / 09 (zu TOP 14)
5. Aufstellung der Gremientätigkeit des BM - Anzeige gem. § 18 KorruptionsbG NRW -
6. Niederschrift SSKA Nr. 1/09 vom 17.02.2009
7. Berichtigung Niederschrift UVA Nr. 1/09 vom 18.02.2009
8. Ergänzung der HA-Niederschrift Nr. 1/09 vom 26.02.2009
9. Niederschrift Agenda-Beirat 1/09 vom 10.03.2009

In der Zeit von 19.10 Uhr bis 19.25 Uhr wird eine Sitzungspause eingelegt.

Ende der Sitzung: 19.50 Uhr

Diese Niederschrift besteht aus    Seiten.

Hasenberg  
Bürgermeister

Pfitzner  
Schriftführer

- R – 1 / 1. – 13.03.2009 -  
Einwohneranfragen

---

K E I N E

- R – 1 /1.1. – 13.03.2009 -

Resolution des Rates der Stadt Wetter (Ruhr)

hier : Gemeinsamer Wahltermin für die Kommunalwahlen und die Bundestagswahl 2009  
Drucksache Nr. 18 / 09

---

BM Herr Hasenberg verweist auf den allen RM vorliegenden Resolutionstext, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, den Termin der Kommunalwahl 2009 mit dem Termin für die Bundestagswahl am 27. September zusammenzulegen.

Während der Diskussion legt RM Herr Dobersch einen Resolutionstext der CDU-Fraktion vor, wonach der Rat beschließen möge, dass er den gesonderten Termin für die Kommunalwahl für richtig halte.

Nach Beendigung der Diskussion lässt BM Herr Hasenberg zunächst über die Resolution der CDU-Fraktion, die diesem TOP als Anlage beiliegt, abstimmen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	20	Stimmen
	dagegen	24	Stimmen
		2	Stimmenthaltungen

Im Anschluss daran wird über die nachstehende Resolution abgestimmt.

### **Beschluss:**

**Der Rat der Stadt Wetter (Ruhr) fordert die Landesregierung auf, den Termin der Kommunalwahl 2009 mit dem Termin für die Bundestagswahl am 27. September zusammenzulegen.**

Das Landesverfassungsgericht hat mit Richterspruch vom 18.02.2009 das Vorhaben der Landesregierung NRW, die Kommunalwahl vorzuziehen und am 07.06.2009 mit der Europawahl durchzuführen, für verfassungswidrig erklärt. Da der neu gewählte Rat erst nach dem 21. Oktober zusammentreten werde, sei das viereinhalb monatige Nebeneinander von gewählten und abgewählten Räten als Verstoß gegen die Volkssouveränität zu werten. Der Präsident des Verfassungsgerichtes, Michael Bertrams, bezeichnete das entsprechende Gesetz insoweit als „mit demokratischen Grundsätzen (...) unvereinbar und nichtig“. Daraufhin nannte Innenminister Wolf in einer Presseerklärung den 30. August 2009 als neuen Termin für die Kommunalwahl. Dieser Termin liegt vier Wochen vor der Bundestagswahl am 27. September 2009 und zwei Wochen nach den Schulferien NRW.

Aus Sicht unserer Kommune bringt der geplante Wahltermin erhebliche organisatorische und finanzielle Belastungen mit sich, denn die Wählerinnen und Wähler würden am 7. Juni, am 30. August und am 27. September innerhalb von gut drei Monaten für drei Wahlen an die Urnen gerufen.

Zentrale Argumente der Landesregierung für die Durchführung der Kommunalwahlen am Tag der Europawahl waren die Bündelung von Wahlen, die Reduzierung von Kosten und die Erhöhung der Wahlbeteiligung. Diese Ziele werden durch die nun beabsichtigte getrennte Durchführung von Kommunal- und Bundestagswahl erkennbar nicht erreicht.

Derartig viele und kurz hintereinander liegende Wahltermine könnten negative Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung haben. Zudem bestehen mit einem Wahltermin zwei Wochen nach Ende der Sommerferien zu geringe Möglichkeiten, um in angemessenem Umfang für politische Positionen zu werben. Der Stadtverwaltung wird es sehr schwer fallen, die ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in so kurzer Abfolge wieder zu aktivieren.

Für die Stadt Wetter und viele andere Städte und Kreise ist die Durchführung der Kommunalwahl an einem separaten Termin mit erheblichen Zusatzkosten verbunden, allein für Wetter werden ca. 15.000 bis 18.000 Euro plus Personalkosten veranschlagt. Angesichts der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten in unserer Stadt ist diese überflüssige Ausgabe den BürgerInnen schwer vermittelbar, zumal diese Kosten leicht zu vermeiden wären.

Das Ziel, Kommunalwahlen und Europawahlen auf einem verfassungsgemäßen Weg ab 2014 zusammenzuführen, kann durch eine Verkürzung der nächsten Wahlperiode um drei Monate erreicht werden, indem eine solche Verkürzung vor dem Beginn der nächsten Wahlperiode vom Gesetzgeber beschlossen wird.

Aus vorgenannten Gründen kann es nur eine sinnvolle Entscheidung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Kommunen geben: die Entscheidung für einen gemeinsamen Termin der Kommunalwahl und der Bundestagswahl am 27. September 2009.

Wir fordern die Landesregierung auf, im Sinne einer hohen Wahlbeteiligung, einer Bündelung der Urnengänge und zur Vermeidung zusätzlich entstehender Kosten diesen Wahltermin für die Kommunalwahl 2009 festzulegen.

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	24	Stimmen
	dagegen	22	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

BM Herr Hasenberg verweist auf einen von der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN eingereichten Antrag auf Wahl eines weiteren stellvertretenden sachkundigen Bürgers. Es wird vorgeschlagen, Herrn Marcel Hainke, Weststraße 1a, 58300 Wetter (Ruhr), als stellvertretendes Mitglied in den SSKA, den UVA, SBA und AGSO für die GRÜNEN zu wählen.

**Beschluss :**

1. Es wird beschlossen, Herrn Otmar Benner, Trienendorfer Straße 111, 58300 Wetter (Ruhr), für die CDU als stellvertretendes Mitglied für sachkundige Bürger (5. Stelle) in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Öffentliche Ordnung zu wählen.
2. Es wird beschlossen, Herrn Marcel Hainke, Weststraße 1a, 58300 Wetter (Ruhr), für die GRÜNEN als stellvertretendes Mitglied für sachkundige Bürger in die nachstehenden Ausschüsse zu wählen :
  - Schul-, Sport- und Kulturausschuss ( 10. Stelle )
  - Umwelt- und Verkehrsausschuss ( 7.Stelle )
  - Stadtentwicklungs- und Bauausschuss ( 7. Stelle )
  - Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Öffentliche Ordnung ( 10. Stelle )

**Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

- R – 1 / 3. – 13.03.2009 -

Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten (mündlich) und Überprüfung der Zielvorgaben des Frauenförderplanes  
Drucksache - Nr. 01/09

---

BM Herr Hasenberg begrüßt Frau Noll, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Wetter (Ruhr), und erteilt ihr das Wort.

Frau Noll verweist auf ihren im Hauptausschuss vorgetragenen Tätigkeitsbericht und steht den RM für Rückfragen zur Verfügung.

Sie verweist weiter darauf, dass ihr Bericht einschl. Anlagen bereits dem Hauptausschussprotokoll beigefügt wurde.

**Beschluss :**

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

- R – 1 / 4. – 13.03.2009 -

Benutzungs- und Gebührenordnung für das Stadtarchiv Wetter (Ruhr)

Drucksache - Nr. 09/09

---

FBL Herr Dr. Thier verweist auf die neu vorgelegten Versionen der Benutzungs- und Gebührenordnung für das Stadtarchiv Wetter (Ruhr)

Er bittet die RM, in der Gebührenordnung den § 6 ersatzlos zu streichen, da dieser Sachverhalt bereits durch den § 3 erfasst sei. Folge sei, dass der bisherige § 7 jetzt § 6 werde.

Auf Anregung von RM Herrn Uebelgünn erklärt BM Herr Hasenberg, dass die Verwaltung prüfen werde, ob die Firmierung „Gebührensatzung“ unbedingt erforderlich sei.

RM Frau Haltaufderheide bittet die Verwaltung, künftig die Unterlagen frühzeitiger zu überlassen (evtl. auch auf elektronischem Wege), um sich noch vor der Sitzung damit befassen zu können.

### **Beschluss :**

Die Benutzungsordnung für das Archiv der Stadt Wetter (Ruhr) - Anlage 1 – und die Gebührenordnung für das Archiv der Stadt Wetter (Ruhr) - Anlage 2 - werden beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis :**

dafür	43	Stimmen
dagegen	-	Stimme
	3	Stimmenthaltungen

- R – 1 / 5. – 13.03.2009 -

Freiwillige Zuschüsse zum Trägeranteil auf der Grundlage des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) für die Kindertageseinrichtungen

- a) „Pustebume“ des Elternvereins Volmarstein e.V.
  - b) „Fröbelhaus“  
„Gravemannhaus“  
„Harkorthaus“  
„Reuterhaus“  
„Abenteuerland“  
„Villa Kunterbunt“ des Trägervereins Soziale Einrichtungen Wetter (Ruhr) e.V. (TSE)
  - c) „Kinderarche“ des Diakoniewerkes Betreutes Leben Grundschoßel e.V.
  - d) Ev. Tageseinrichtung „Die kleinen Strolche“ Esborn des Trägerverbundes  
Ev. Tageseinrichtungen des Kirchenkreises Hattingen-Witten
  - e) Schmandbruch und Wengern der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Ennepe-Ruhr (AWO)
- 

RM Frau Haltaufderheide gibt eine Protokollerklärung ab, die diesem TOP als Anlage beiliegt.

Gleichzeit erklären sie und das RM Herr Uebelgünn sich bei der Beschlussfassung für befugten.

### **Beschluss :**

- a) Es wird beschlossen, ab 01.08.2008 den nicht durch sonstige Einnahmen gedeckten Trägeranteil für die Kindertageseinrichtung „Pustebume“ nach KiBiz (4%) bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Wetter (Ruhr) zu übernehmen. Die personelle Ausstattung der Einrichtung ist mit der Stadt Wetter (Ruhr) abzustimmen. Die Höhe der tatsächlichen Personal-, Sach- und Overheadkosten sowie die sonstigen Einnahmen, die zur Deckung des Trägeranteiles erzielt werden, sind jährlich nachzuweisen.

Der Beschluss wird zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn keine geänderte Beschlusslage herbeigeführt wird. Das Erfordernis wird dem Träger analog der vertraglichen Regelung drei Monate vor Fristablauf mitgeteilt.

- b) Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsgestaltung für die **Kindertageseinrichtungen des TSE in Wetter (Ruhr)** dahingehend abzuwandeln, dass der nicht durch sonstige Einnahmen gedeckte Trägeranteil nach KiBiz ab 01.08.2008 bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Wetter (Ruhr) übernommen wird. Die personelle Ausstattung der Einrichtungen ist mit der Stadt Wetter (Ruhr) abzustimmen. Die Höhe der tatsächlichen Personal-, Sach- und Overheadkosten sowie die sonstigen Einnahmen, die zur Deckung des Trägeranteiles erzielt werden, sind jährlich nachzuweisen. Im Rahmen der freiwilligen Zuschüsse wird einer Übertragungsmöglichkeit des Einrichtungsbudgets nur an Einrichtungen des Trägers im Stadtgebiet Wetter (Ruhr) zugestimmt.

In Bezug auf die freiwilligen Zuschüsse wird die vertragliche Regelung zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einer der Parteien 3 Monate vor Fristablauf gekündigt wird.

- c) Es wird beschlossen, ab 01.08.2008 den nicht durch sonstige Einnahmen gedeckten Trägeranteil für die **Kindertageseinrichtung „Kinderarche“** nach KiBiz (9%) bis zur Höhe der tatsächlich entstandenen Betriebskosten, maximal bis zur Höhe des

Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Wetter (Ruhr) zu übernehmen. Die personelle Ausstattung der Einrichtung ist mit der Stadt Wetter (Ruhr) abzustimmen. Die Höhe der tatsächlichen Personal-, Sach- und Overheadkosten sowie die sonstigen Einnahmen, die zur Deckung des Trägeranteiles erzielt werden, sind jährlich nachzuweisen.

Der Beschluss wird zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn keine geänderte Beschlusslage herbeigeführt wird. Das Erfordernis wird dem Träger analog der vertraglichen Regelung drei Monate vor Fristablauf mitgeteilt.

- d) Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsgestaltung für die **Kindertageseinrichtung „Die kleinen Strolche“ Esborn** dahingehend abzuwandeln, dass die Stadt Wetter (Ruhr) ab **01.08.2009** einen Trägeranteil von 3 % bis zur Höhe der tatsächlich entstandenen Betriebskosten, maximal bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses übernimmt.

Die personelle Ausstattung der Einrichtung ist mit der Stadt Wetter (Ruhr) abzustimmen. Die Höhe der tatsächlichen Personal-, Sach- und Overheadkosten sowie die sonstigen Einnahmen, die zur Deckung des Trägeranteiles erzielt werden, sind jährlich nachzuweisen.

In Bezug auf die freiwilligen Zuschüsse wird die vertragliche Regelung zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn sie nicht von einer der Parteien 3 Monate vor Fristablauf gekündigt wird.

Eine Übertragungsmöglichkeit des Einrichtungsbudgets an andere Einrichtungen des Trägers wird im freiwilligen Bereich nicht berücksichtigt.

- e) Es wird beschlossen, ab 01.08.2008 den nicht durch sonstige Einnahmen gedeckten Trägeranteil (9%) für die **Kindertageseinrichtungen der AWO Am Schmandbruch und Wengern** bis zur Höhe des Einrichtungsbudgets im Rahmen eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Wetter (Ruhr) zu übernehmen.

Auf der Grundlage der tatsächlichen Personalkosten, einem Sachkostenanteil von maximal 12 % des Einrichtungsbudgets und Verwaltungskosten in Höhe von 2 % des Einrichtungsbudgets sowie unter Angabe der Rücklage erfolgt ein jährlicher Kostennachweis.

...

Der Beschluss wird zunächst bis 31.07.2010 befristet und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn keine geänderte Beschlusslage herbeigeführt wird. Das Erfordernis wird dem Träger analog der vertraglichen Regelung drei Monate vor Fristablauf mitgeteilt.

Fließen Zahlungen aus freiwilligen Zuschüssen der Stadt Wetter (Ruhr) in die Rücklage des Trägers, finden diese ausschließlich Verwendung für die Einrichtungen der AWO in Wetter (Ruhr).

<b><u>Abstimmungsergebnis :</u></b>	dafür	34	Stimmen
	dagegen	3	Stimmen
		3	Stimmenthaltungen

**Anmerkung:**

- a) Die RM Frau Hülshoff, Herr Peitz, Frau Stechemesser und Herr Stracke haben an der Beratung und Abstimmung wegen § 31 GO NRW nicht teilgenommen.  
b) Die RM Frau Haltaufderheide und Herr Uebelgünn haben an der Abstimmung wegen § 31 GO NRW nicht teilgenommen.

- R – 1 / 6. – 13.03.2009 -  
Vergütung für Leistungen der Kindertagespflege ab dem 01.01.2009  
Drucksache - Nr. 02/09

---

**Beschluss :**

Aufgrund der Neuregelung der einkommenssteuerrechtlichen Behandlung der Geldleistungen für Kinder in Kindertagespflege ab dem 01.01.2009 wird einer Erhöhung des Stundensatzes in der Kindertagespflege von derzeit 3,50 € auf 4,20 € rückwirkend ab dem 01.01.2009 zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

- R – 1 / 7. – 13.03.2009 -  
Vertragliche Änderung zur Schülerbeförderung  
hier: Schoko Ticket-Nachtrag zum 01.01.2010  
Drucksache - Nr. 08/09

---

**Beschluss :**

Es wird beschlossen, der vertraglichen Änderung zum SchokoTicket gemäß der beigefügten Anlage zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

- R – 1 / 8. – 13.03.2009 -

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 62 der Stadt Wetter (Ruhr) „An der Borg“  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch und Beschluss zur  
frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung  
Drucksache - Nr. 04/09

---

RM Herr D. Pilz bittet folgende Protokollnotiz der SPD-Fraktion aufzunehmen :

„Die SPD-Fraktion stimmt der Aufstellung des Bebauungsplanes zu. Im weiteren Verfahren sind u.a. nachfolgend genannte öffentliche Belange intensiv zu überprüfen und in das Aufstellungsverfahren einzubeziehen :

1. Die bereits jetzt angespannte Verkehrssituation im Kreuzungsbereich im Bereich Vogelsanger Straße / Köhlerstraße wird durch das neue Wohngebiet verschärft. An dieser Stelle muss ein Kreisverkehr als Lösung mit Straßen NRW verhandelt werden.
2. Prüfung und Bewertung des Verkehrskonzeptes S-Projekt
3. Veröffentlichung und Bewertung des Schallschutzgutachtens (Sportplatz) der S-Projekt
4. Gehweg an der „Pferdewiese Von-der-Recke-Straße
5. Klärung des Parkraumbedarfs bei Veranstaltungen und im Trainingsbetrieb in der Turnhalle, auf dem Tennisplatz, im Schützenheim und auf dem Sportplatz in der Köhlerwaldstraße
6. Umfassende, unabhängige Prüfung eines Kreisverkehrs an der Von-der-Recke-Straße / Köhlerstraße

RM Frau Hülshoff gibt folgende Protokollnotiz für die FDP-Fraktion ab :

„Die FDP bittet dringend um ein Verkehrskonzept speziell betreffend Von-der-Recke-Straße / Köhlerstraße und eventuell Kreisel für die Einmündung Köhlerstraße / Vogelsanger Straße.“

RM Herr Dobersch weist namens der CDU-Fraktion auf einen von seiner Fraktion eingereichten Antrag für die nächste Sitzung des SBA „Verkehrskonzept für den Ortsteil Volmarsteiner Süden“ hin.

BM Herr Hasenberg erklärt, dass über diesen Antrag in der nächsten Sitzung des Fachausschusses beraten werde.

Auf Antrag der GRÜNEN lässt BM Herr Hasenberg wie im Hauptausschuss getrennt über die Beschlussempfehlungen abstimmen.

### **Beschluss :**

1. Gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch wird beschlossen, für den in dem anliegenden Lageplan schwarz gestrichelt umrandeten Bereich den Bebauungsplan Nr. 62 der Stadt Wetter (Ruhr) aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „An der Borg“. Planungsziel ist die Schaffung eines Wohngebietes für Eigenheime in aufgelockerter Bebauung.

### **Abstimmungsergebnis :**

dafür	37	Stimmen
dagegen	8	Stimmen
-	-	Stimmenthaltung

2. Es wird beschlossen, die frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

**Anmerkung :**

Das RM Frau Heise hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

- R – 1 / 9. – 13.03.2009 -  
Dienstanweisung für Finanzbuchhaltung der Stadt Wetter (Ruhr)  
Drucksache - Nr. 13/09

---

**Beschluss :**

Die Mitteilungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Anmerkung :**

Die RM Herr Gesien, Herr D.Pilz und Frau Stich haben an der Beratung nicht teilgenommen.

- R – 1 /10. – 13.03.2009 -

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Jugendhilfebereich  
im Haushaltsjahr 2008

Dringlichkeitsvorlage gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO

Drucksache - Nr. 12/09

---

**Beschluss :**

Der nachstehende gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW gefasste Dringlichkeitsbeschluss wird  
genehmigt :

Gemäß § 83 GO werden folgende überplanmäßige Aufwendungen genehmigt:

<b>Lfd. Nr.</b>	<b><u>Buchungsstelle</u></b>	<b><u>Bezeichnung</u></b>	<b><u>überplanmäßige Aufwendung</u></b>
1	06.03.01.533125	Sozialpädagogische Familienhilfe	70.000,00 €
2	06.03.03.533220	Heimerziehung, sonst. betreute Wohnform	120.000,00 €

Die Mehraufwendungen von insgesamt **190.000,00 €** werden wie folgt gedeckt:

Minderaufwendungen bei Buchungsstelle 06.03.03.523200

–Erstattung an andere Träger der Jugendhilfe- 10.000,00 €

Minderaufwendungen im Deckungskreis 26

–Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz- 174.000,00 €

Minderaufwendungen bei Buchungsstelle 15.01.01.539100

–Beteiligung an Gründungsmehrkosten- 6.000,00 €

**Abstimmungsergebnis :**

einstimmig

**Anmerkung :**

Die RM Herr D.Pilz und Frau Stich haben an der Beratung nicht teilgenommen.

- R – 1 /11. – 13.03.2009 -  
Berichte aus den Gremien

---

RM Herr Birkner berichtet aus der Sitzung des Aufsichtsrates der VER vom 19.12.2009.

FBL Herr Wagener verweist auf die Vorlage und berichtet über den Sachverhalt.

Auf die Frage von RM Herrn Lang, welche Konsolidierungsmaßnahmen zwischenzeitlich erfüllt seien, erklärt BM Herr Hasenberg, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses berichten werde.

Während der Diskussion kritisieren einige RM, dass sie keine Vorabinformation von der Verwaltung erhalten haben, dass der Haushalt genehmigt sei und sie dieses heute aus der Presse haben erfahren müssen.

Auf Anregung von RM Frau Haltaufderheide sichert BM Herr Hasenberg zu, diese Vorlage in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses auf die TO zu setzen.

**Beschluss :**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

1. FBL Herr Wagener berichtet über eine Anfrage der Verwaltung an den Städte- und Gemeindebund NRW zum Thema „Konjunkturpaket II“.  
Die Anfrage und die Beantwortung liegen diesem TOP als Anlage 1 und Anlage 2 bei.

Auf die Frage von RM Herrn Vohrmann, ob die Verwaltung eine Liste erarbeitet habe, welche Maßnahmen zur Förderung in Frage kommen, erklärt FBL Herr Wagener, dass nur Maßnahmen in Frage kommen, deren Finanzierung gesichert sei.  
BM Herr Hasenberg ergänzt, dass die Verwaltung vorgesehene Maßnahmen, deren Finanzierung gesichert sei, in der nächsten Beratungsrunde der Fachausschüsse vorlegen werde.

2. BM Herr Hasenberg verweist auf die allen RM vorliegende Bekanntgabe der vom Stadtkämmerer gem. § 83 GO NRW genehmigten überplanmäßigen Auszahlungen im Haushaltsjahr 2008.

3. BM Herr Hasenberg teilt zur Kommunalwahl am 30. August 2009 mit :

Nach Festlegung des Wahltermins für die Kommunalwahl sind folgende neuen Termine zu beachten :

- a) Der Abgabetermin für die Wahlvorschläge zur Kommunalwahl verschiebt sich vom 20. April 2009 auf den 13. Juli 2009.
- b) Die für den 23. April 2009 und 16. Juni 2009 vorgesehenen Sitzungen des Wahlausschusses entfallen.
- c) Die **neuen** Termine für die Sitzungen des Wahlausschusses sind jetzt
  - Montag, 20. Juli 2009, 17.00 Uhr, (Zulassung der Wahlvorschläge) und
  - Donnerstag, 03. September 2009, 15.30 Uhr, (Feststellung des Wahlergebnisses)
  - vor der Sitzung des Hauptausschusses -

Gleichzeitig erinnert er die Fraktionen noch einmal an die Abgabefrist (20. März 2009) der Vorschläge zur Besetzung der Wahllokale für die Europawahl.

**Hinweis der Verwaltung :**

Aus organisatorischen Gründen wird die 1. Sitzung des Wahlausschusses auf **Dienstag, 21.07.2009, 17.00 Uhr**, verlegt.

Eine gesonderte Einladung ergeht zu einem späteren Zeitpunkt.

4. BM Herr Hasenberg berichtet über das Ergebnis seiner Prüfung der Vorwürfe zu den Versäumnissen zum Thema „Förderprogramm 1000 Schulen“.  
Sein Bericht liegt diesem TOP als Anlage 3 bei.

1. Auf die Frage von RM Herr Vohrmann nach dem Stand der GPA-Prüfung erklärt FBL Herr Wagener, dass die Prüftätigkeiten abgeschlossen seien. Ein abschließender Bericht liege noch nicht vor. Er hoffe, dass der Bericht in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt werden könne.
2. RM Frau Haltaufderheide fragt nach, ob der Verwaltung der schlechte Zustand der Staumauer und der Zäune im Bereich des „Ententeiches“ an der Bornstraße bekannt sei. FBL Herr Sell erklärt, dass er die Angelegenheit überprüfen lassen werde.
3. Auf die Frage von RM Herr Lang, ob die Ergebnisse der Gutachten für den Bereich „Am Stork“ auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden, erklärt FBL Herr Sell, dass er die Angelegenheit prüfen werde. Geplant sei, dass die Verwaltung die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens in der Sitzung des SBA am 28.04.2009 auf die Tagesordnung setzen werde.
4. RM Frau Arntzen fragt nach, ob es schon neue Erkenntnisse über eine weitere Förderung gebe, nachdem die Landesförderung für die FTB-Wohnberatung Ende Mai 2009 auslaufe.  
BM Herr Hasenberg erklärt, dass er kurz vor der Sitzung des Kreisausschusses mit der FTB-Leitung gesprochen habe. Ein weiterer Förderantrag sei gestellt.  
S. W. sollen grundsätzlich Mittel im Kreishaushalt verbleiben.  
Sobald neuere Erkenntnis vorliegen, werde die Verwaltung in der Sitzung des AGSÖ berichten.
5. Auf die Anfrage von RM Frau Arntzen, warum die Sitzung des Unterausschusses „Klima“ ausgefallen sei, teilt FBL Herr Sell mit, dass z.Z. kein Beratungsbedarf bestanden habe. Ein neuer Termin sei noch nicht anberaumt.
6. FBL Herr Sell erklärt auf die Frage von RM Frau Stechemesser, ob Hinweisschilder zum Friedhof in Alt-Wetter angebracht werden können, dass er die Angelegenheit überprüfen lassen werde.
7. RM Herr Herold bittet die Verwaltung, dem Stadtbetrieb für seine gute Arbeit beim Winterdienst danken.  
RM Herr Michaelis äußert darauf hin Kritik und zeigt Schwachstellen des Winterdienstes auf.  
BM Herr Hasenberg bittet RM Herr Michaelis, der Mitglied im Verwaltungsrat des Stadtbetriebes ist, dort in der nächsten Sitzung seine Kritikpunkte aufzuzeigen.
8. Auf die Frage von RM Herr Herold, ob die Verwaltung beabsichtige, die Sitzungstermine wegen der verschobenen Kommunalwahl zu überdenken, erklärt BM Herr Hasenberg, dass dieses z.Z. nicht beabsichtigt sei.  
Er werde die einzelnen Terminierungen noch einmal überdenken.